



FÜR DATENVERARBEITUNG
UND RATIONALISIERUNG
IN DER JUSTIZ

89. Sitzung am 4. und 5. Mai 2011

in Maurach

Beschlüsse

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz beschließt:

Zu TOP 1 b)

Das Protokoll der 88. Sitzung der Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung wird genehmigt.

Zu TOP 1 c)

Die Tagesordnung für die 89. Sitzung der Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz wird genehmigt.

Beschlüsse

TOP 2

Entwicklung des bundesweiten Justizportals

1. Entwicklungen und Erweiterungen
 - a) Europäisches E-Justice Portal
 - b) Rechtlich-organisatorischer Teil des Identitätsmanagements (S.A.F.E. / D.I.M.)
 - c) Elektronische Kostenmarke
2. Bereitstellung von Online-Formularen
3. Inhaltliches Angebot
 - a) Justizauktion
 - b) Insolvenzbekanntmachungen
 - c) Elektronische Gerichtstafel
 - d) Web-Services zur Datenübermittlung
 - e) Grundbuchportal
 - f) ZVG - Portal
 - g) Rechtsdienstleistungsregister
 - h) Dolmetscher- und Übersetzerdatenbank
4. Redaktionelle Arbeiten
5. Kosten des Justizportals und der Fachportale

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz beschließt:

- 1. Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz nimmt den Bericht der Arbeitsgruppe „Entwicklung eines bundesweiten Justizportals“ zur Kenntnis und bittet um Fortführung der darin geschilderten Aktivitäten.**
- 2. Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz beabsichtigt, die von der Redaktion des Justizportals erarbeiteten Styleguides für verbindlich zu erklären. Sollten noch Änderungsvorschläge bestehen, bittet sie alle Justizverwaltungen, diese der Redaktion bis Ende Juli 2011 mitzuteilen.**

Beschlüsse

TOP 4

AG „IT-Standards in der Justiz“

- a) Sachstand der Umsetzung von S.A.F.E.
- b) XJustiz, Releaseplanung und XÖV
- c) Bericht Co-Vorsitz LK EGVP

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz beschließt:

1. Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz nimmt den Bericht der AG „IT-Standards in der Justiz“ zustimmend zur Kenntnis. Soweit in den folgenden Ziffern kostenauslösende Maßnahmen beschlossen werden, stehen diese unter dem Vorbehalt der Verfügbarkeit der entsprechenden Haushaltsmittel.

2. XJustiz:

2.a

Die BLK beauftragt die AG „IT-Standards in der Justiz“, die Vereinbarung zur Pflege von XJustiz mit der Koordinierungsstelle für IT-Standards (KoSIT) bei der Freien Hansestadt Bremen (ehemals OSCI-Leitstelle) zum 31.12.2011 einvernehmlich aufzulösen.

Die für das Jahr 2012 vorgesehenen Mittel sollen zur Aufstockung der Mittel für die Arbeiten der XJustiz-Pflegestelle bei IT-NRW im Auftrag der BLK verwendet werden.

2.b

Die AG „IT-Standards in der Justiz“ wird beauftragt, zur 91. BLK einen Vorschlag für die zum 31.12.2012 anstehende Vertragsverlängerung mit der XJustiz-Pflegestelle vorzulegen bzw. eine Zusammenarbeit mit der KoSIT zu prüfen.

Beschlüsse

3. S.A.F.E.:

3.a

Die BLK gibt die für die S.A.F.E. - Version 1.4 erforderlichen CRs zu Rollen und Rechten (134PT) sowie zur SAML-Protokollierung (67PT) in Auftrag.

Nach Abzug des von der Fa. bos eingeräumten Projektabatts und unter Abzug der Beteiligung der BNotK verbleiben zur Beauftragung durch die BLK

XXXXXXXXXX inkl. MwSt.,

die nach Abzug des Anteils des BMJ i. H. von 10%, also

i.H.v. XXXXXXXXXXXX inkl. MwSt.

nach dem Königsteiner Schlüssel durch die Landesjustizverwaltungen getragen werden.

3.b

Die AG „IT-Standards in der Justiz“ wird beauftragt, den CR zur Anbindung des nPA (neuer Personalausweis) weiter mit dem BMI bzw. den Ansprechpartnern des IT-PL inhaltlich und hinsichtlich einer Kostenbeteiligung abzuklären.

3.c

Die BLK beauftragt die AG „IT-Standards in der Justiz“, die Migration des EGVP durchzuführen.

89. Sitzung am 4. und 5. Mai 2011

in Maurach

Beschlüsse

Durch die Migrationsarbeiten steht das EGVP

ab Donnerstag, 16. Juni 2011, 18 Uhr bis Montag, 20. Juni 2011, 8 Uhr

nicht zur Verfügung.

3.d

Die BLK beauftragt die AG „IT-Standards in der Justiz“, mit IT-NRW den Betrieb von S.A.F.E. auf der Basis der Architekturvariante mit geclustertem Applikationsserver und vorgeschalteter Lastverteilung (entsprechend der für den Betrieb der EGVP-Postfächer durch den LK EGVP beauftragten Architektur) zu

Einmalkosten i.H. von XXXXXXXX

sowie XXXXXXXX monatlich

abzustimmen.

Die Kostenverteilung an die Landesjustizverwaltungen erfolgt über die ZIB (Zentrale IT-Beschaffungsstelle der Justiz) - nach Abzug des Anteils des Bundes i.H. von 10% - über den Königsteiner Schlüssel.

3.e

Die BLK stellt fest, dass die Entwicklung und der Betrieb von S.A.F.E. mit der Migration des EGVP-Registrierungsdienstes ab 16.06.2011 einen ersten und wesentlichen Nutzen erbringt.

Es besteht die übereinstimmende Erwartung, dass S.A.F.E. als eID-System der Justiz wesentliche weitere wirtschaftliche Effekte erzeugen kann, wenn grundsätzlich bei allen eID-Anforderungen eine Nutzung von S.A.F.E. angestrebt wird.

89. Sitzung am 4. und 5. Mai 2011

in Maurach

Beschlüsse

3.f

Zur Nutzung von S.A.F.E. für die Verfahren der BNotK ist der Abschluss einer Vertrauensvereinbarung mit der BNotK durch die einzelnen Bundesländer erforderlich.

Die AG ERV wird - nach erfolgter technischer Prüfung durch die AG „IT-Standards in der Justiz“ - gebeten, den Text der Vertrauensvereinbarung endgültig festzulegen und abzustimmen.

In diesem Zusammenhang weist die BLK darauf hin, dass die Erfassung der jeweiligen Nutzer in den Ländern durch die zuständigen Stellen der LJVen festzulegen und zu organisieren ist.

4. EGVP:

Um den Benutzersupport für das EGVP über den 31.12.2012 hinaus sicherzustellen, bittet die BLK den LK EGVP,

- eine Neuausschreibung (Veröffentlichung spätestens am 10.10.2011) vorzubereiten,
- die Ausschreibung mit der BLK abzustimmen und
- im Zuge der Abstimmung ein Alternativmodell für die (teilweise) Kostentragung durch die Nutzer (z.B. durch eine kostenpflichtige Rufnummer) vorzulegen.

Beschlüsse

TOP 5

Stand des Europäischen Mahnverfahrens

- a) Fallzahlen und Entwicklung
- b) Erfahrungen aus dem laufenden Betrieb
- c) Stand der Weiterentwicklung
(Einsatz der Fördermittel)

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz beschließt:

- 1. Die BLK nimmt den Bericht der Landesjustizverwaltung Berlin zur Kenntnis.**
- 2. Sie stimmt der Umsetzung der vom Arbeitskreis EUMAV für fachlich erforderlich eingestuften Change Requests zur Abrundung der Version 2.0 zu.**
- 3. Sie bittet die Landesjustizverwaltung Berlin, zeitnah eine Wirtschaftlichkeitsberechnung für die für das Jahr 2012 geplanten Aktivitäten zum Ausbau des elektronischen Rechtsverkehrs vorzulegen. Über die Realisierung soll dann unter Berücksichtigung der Ergebnisse dieser Wirtschaftlichkeitsberechnung entschieden werden.**

Beschlüsse

TOP 6

„Konzeption zur Steuerung bundesweit relevanter EDV-Projekte“

- a) Berichte aus den Entwicklungsverbänden der Fachverfahren
- b) Ausdehnung der Berichtspflicht auf weitere Bereiche (eAkten-Projekte incl. DMS und VBS)
- c) Bericht über den Stand der Entwicklung bzw. die Planungen zur Weiterentwicklung beim „Elektronischen Gerichts- und Verwaltungspostfach (EGVP)“

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz beschließt:

Der halbjährliche „Bericht aus den Entwicklungsverbänden“ wird um einen Punkt „Bericht über Entwicklungen im Bereich des Elektronischen Rechtsverkehrs / der elektronischen Aktenführung“ erweitert.

89. Sitzung am 4. und 5. Mai 2011

in Maurach

Beschlüsse

TOP 8

Videokonferenztechnik in der Justiz

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz beschließt:

Die BLK spricht sich dafür aus, Besprechungen und Sitzungen, bei denen die persönliche Anwesenheit aller Teilnehmer an einem Ort nicht erforderlich ist und die thematisch dafür geeignet erscheinen, verstärkt im Wege der Videokonferenz durchzuführen, um dadurch die Zahl der Dienstreisen zu senken. Das Vorsitzland führt ein Verzeichnis der Videokonferenzanlagen in der Justiz, die für die Durchführung solcher Besprechungen genutzt werden können.

Beschlüsse

TOP 10

**Themenschwerpunkt „Elektronischer Rechtsverkehr /
elektronische Akte“**

- a) Stand der E-Justice Bundesratsinitiative
- b) Gemeinsame Strategie zur Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Akte
- c) Elektronische Akte
 - o Projekt elektronische Akte in Strafsachen im BMJ
 - o Ergebnisse der UAG „Konsequenzen der Einführung des obligatorischen elektronischen Rechtsverkehrs“ der AG - ERV
- d) Bericht der Arbeitsgruppe „elektronischer Rechtsverkehr“

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz beschließt:

- 1. Die BLK nimmt den Bericht der Unterarbeitsgruppe "Elektronische Akte" zur Kenntnis und bittet die Länder, die Arbeitsergebnisse bei eigenen eAkte-Projekten zu verwerten.**
- 2. Die BLK nimmt den Bericht der Unterarbeitsgruppe "Konsequenzen der Ausweitung des ERV in kontradiktorischen Verfahren" zustimmend zu Kenntnis.**
- 3. Die BLK nimmt den Bericht der Arbeitsgruppe Elektronischer Rechtsverkehr zur Kenntnis, bestätigt die in Nr. 4 des Berichts enthaltene Empfehlung und bittet um Fortführung der aufgezeigten Aktivitäten.**

Beschlüsse

TOP 11

Vereinheitlichung der Fachanwendungen für das
Elektronische Handelsregister

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz beschließt:

1. Die Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinien 89/666/EWG, 2005/56/EG und 2009/101/EG in Bezug auf die Verknüpfung von Zentral-, Handels- und Gesellschaftsregistern erfordert umfangreiche Anpassungen der beiden Registerfachverfahren AUREG und RegisSTAR an die Bedürfnisse des europäischen Raums. Darüber hinaus stehen in beiden Registerfachverfahren Entscheidungen über Weiterentwicklungsvorhaben großen Umfangs an.
Entsprechend der Beschlüsse der Justizamtschefs von Kloster Eberbach aus dem April 2006 befürwortet es die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz, diese Weiterentwicklungsvorhaben sowie etwaige gesetzliche Anpassungen so zu koordinieren, dass letztlich von einem einheitlichen Fachverfahren gesprochen werden kann.
2. Die Länder Berlin und Nordrhein-Westfalen werden gebeten, zeitnah mit den Vertretern der übrigen Bundesländer einen Termin abzustimmen, auf dem die skizzierten jeweiligen Weiterentwicklungsvorhaben vorgestellt und mit der Zielrichtung der Zusammenführung abgestimmt werden können.

Beschlüsse

TOP 13

Schaffung eines zentralen Testamentsregisters

- a) Sachstand der Arbeitsgruppe „Anbindung an das Vorsorge- und Testamentsregister“
- b) Arbeiten zur Umsetzung in den Ländern

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz beschließt:

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz nimmt den Bericht der Arbeitsgruppe „Anbindung an das Vorsorge- und Testamentsregister“ zustimmend zur Kenntnis und bittet um Fortsetzung der Aktivitäten.

Die Arbeitsgruppe „Entwicklung eines bundesweiten Justizportals“ wird beauftragt, bei der Konzeption des rechtlich-organisatorischen Teils eines umfassenden Identitätsmanagements auf Basis von S.A.F.E / D.I.M. (Auftrag aus der 87. Sitzung der BLK vom 05./06.05.2010) die Rollen und Rechte zur Bedienung des Zentralen Testamentsregisters und des Zentralen Vorsorgeregisters und anderer neu zu schaffender Anwendungsfälle zu berücksichtigen.

Beschlüsse

TOP 16

AG „Maschinell geführtes Grundbuch“

Stand des Projektes „EGB-Neu“

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz beschließt:

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz nimmt den Bericht der Arbeitsgruppe „Maschinell geführtes Grundbuch“ zur Kenntnis und bittet um Fortführung der Aktivitäten.

Beschlüsse

TOP 17

AG „Vollstreckungsportal“

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz beschließt:

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz nimmt den Bericht der Arbeitsgruppe „Vollstreckungsportal“ zur Kenntnis und bittet um Fortführung der Aktivitäten.

Die Arbeitsgruppe wird gebeten, sachverständig beraten die bestehende Lösung für das Registerportal der Länder und die geplante Lösung für das Vollstreckungsportal unter Berücksichtigung von Aspekten der Wirtschaftlichkeit und Datensicherheit gegenüber zu stellen. Im Ergebnis soll aufgezeigt werden, welcher Lösungsansatz hinsichtlich der Synchronisation und Beauskunftung der Schuldnerverzeichniseinträge und der Speicherung der Vermögensverzeichnisse im Vollstreckungsportal empfohlen wird.

Beschlüsse

TOP 18

AG „Maschinell geführte Register“

- a) Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Verknüpfung von Zentral-, Handels- und Gesellschaftsregistern
- b) „European Commercial Register Forum (ECRF)“ - Konferenz vom 19. - 22.06.2011 in Bonn
- c) Bericht der Arbeitsgruppe

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz beschließt:

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz nimmt den Bericht der Arbeitsgruppe „Maschinell geführte Register“ zustimmend zur Kenntnis und bittet um Fortführung der dargestellten Aktivitäten.

89. Sitzung am 4. und 5. Mai 2011

in Maurach

Beschlüsse

TOP 20

Sachstandsberichte der Arbeitsgruppen:

- a) „EDV-Gerichtstag“
- b) „ADV-Sachkommission im Strafvollzug“

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz beschließt:

zu TOP 20 a)

Die Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz nimmt den Bericht der Arbeitsgruppe „EDV-Gerichtstag“ zur Kenntnis.

TOP 21

Nächste Sitzungen

Die **Herbstsitzung 2011** der BLK wird am 23. und 24. November 2011 in Niedersachsen (Hildesheim) stattfinden.

Die **Frühjahrssitzung 2012** der BLK wird am 9. und 10. Mai 2012 in Schleswig-Holstein stattfinden.